

Medienmitteilung offener Brief an den Bundesrat

1.5.2020

Kultur braucht Terminklärung

Für die Kulturszene ist die Corona-Krise existenzbedrohend. Mit einem Offenen Brief an den Bundesrat fordern die regionalen IGs der Kultur eine rasche Klärung der Termine auch für mittlere und kleine Veranstaltungen. Und sie warnen vor den Langzeit-Folgen der Krise.

Seit Mitte März steht das Kulturleben still. Und während andere Wirtschaftszweige nach und nach wieder Tritt fassen, sind die Aussichten für die Kultur düster. «Der Lockdown droht zum Knockdown zu werden, zahlreiche Existenzen sind bedroht. Die Befürchtung ist: In Sachen Lockerungen kommt die Kultur als Letzte dran.» Das schreiben sieben regionale Interessengemeinschaften der Kultur in einem Offenen Brief an den Bundesrat. Absender sind die IGs Kultur Ostschweiz und Luzern, die Kulturlobby Winterthur, Kulturstadt Jetzt Basel, Pro Kultur Kanton Zürich, Pro Kultur Olten und der Verband Kultur Baselland.

Betroffen von Absagen, Schliessungen, Verschiebungen und mehr oder weniger totalem Einnahmefall seien Kulturinstitutionen, Veranstaltungsorte und -agenturen, Kulturschaffende aller Sparten und zahllose Beschäftigte des Kultursektors und verwandter Bereiche: Gastronomie, Technik, Grafik, Vermittlung usw. – mit oft schon vor Corona prekären Anstellungsverhältnissen. Die Notmassnahmen des Bundes und der Kantone seien zwar rasch und unbürokratisch aufgegleist worden; sie könnten aber nur die akuten Erwerbsausfälle zumindest teilweise auffangen.

Schwieriger sei die Lage mittelfristig. Am 29. April hat der Bundesrat Anlässe mit über 1000 Personen verboten. Das schafft Klarheit für die Grossen, aber nicht für die überwiegende Mehrheit kultureller Veranstaltungen. «Konzerte, Theateraufführungen, Lesungen, Filmdreh, Vernissagen etc. können höchstens provisorisch geplant werden. Für international vernetzte Projekte verunmöglichen die geschlossenen Grenzen erst recht jede seriöse Perspektive. Freischaffende stehen auch auf längere Sicht ohne Aufträge da. Veranstalter sind gezwungen, ins Blaue hinaus zu planen», heisst es im Offenen Brief.

Deshalb fordern die regionalen Interessengemeinschaften eine möglichst rasche Klärung: Welche Fristen gelten für mittlere und für kleine Anlässe? Wann fällt der Entscheid über das geltende Verbot von Versammlungen über 5 Personen? Wie sieht die Perspektive für die Wiederaufnahme der Probenarbeit aus? «Die Kulturszene steht in ihrer grossen Mehrheit hinter den Schutzmassnahmen des Bundesrats und trägt sie solidarisch mit. Aber sie braucht dringend einen Planungshorizont und Rechtssicherheit», heisst es im Brief.

Weiter weisen die IGs darauf hin, dass das erste Rettungspaket am 20. Mai endet. Der Lockdown der Kultur drohe aber weit über dieses Datum hinaus anzudauern. Deshalb sei ein zweites Massnahmenpaket nötig. «Kunstschaffende und Institutionen sind ein wesentlicher Teil unseres geistigen Wohlbefindens und brauchen jetzt eine klare zeitliche und finanzielle Perspektive, damit sie planen und ihre Existenz sichern können», schliesst der Brief.

Namens des VKBL-Vorstands:

Marc Joset, Präsident
Irene Maag, Geschäftsleiterin